

Zustische



Zeitung

15 Pfennig

Gegründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweifach wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Linné- und Handeltahl.“ — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitsbilder“ und „Literarische Umschau“ — Mittwoch: „Für Reise und Wanderung“ — Donnerstag: „Recht und Leben“

Wöchentlich 1,- Mark, monatlich 4,80 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigerpreise in Goldmark. Preis 30 Pfennig. Familien-Anzeigen nm. Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahmen in bestimmter Nummer.

Verlag: Dittschel, Chefredakteur: Georg Bernhard Vossler, Redakteur: m. Ausw. Handeltahl: Carl Misch, Berlin, Doro. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstr. 22-26

Veransch. Zentral-Druckerei, Am Dönhofs 300-300B, für den Paragrafen Amt Dönhofs 300-300B, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 998

Der Kurs bleibt der alte

Strefemann an die Hamburger

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Hamburg, 20. Dezember

Anlässlich des Hamburger Besuches von Dr. Strefemann hat der Senat heute abend ein Presseamt, zu dem außer dem Minister und den Mitgliedern des Senates und der Bürgerhoff, u. a. das gesamte Hamburger Konjunktur- und die hamburgischen Reichspostbehörden erschienen waren. Nach der Begrüßungsansprache des Bürgermeisters Dr. Strefemann leitete der Senat den Konjunktur- und die hiesigen Generalratul Rouleau, bei der Erwähnung des Nobelpreises für Dr. Strefemann die Besondere, die das Deutsche Reich sich in den letzten Jahren um den Weltfrieden erworben habe.

Reichsaussenminister Dr. Strefemann hob in seiner diesen Anreden folgenden Rede zunächst Hamburgs Bedeutung für das weltpolitische Denken hervor und fuhr dann, auf das eigenartige außenpolitische Gebiet übergehend, fort: „In Hamburg richtet sich der Blick von selbst auf die Realitäten und Stammbildungen, die sich aus den Beziehungen Deutschlands zu den anderen Völkern der Welt ergeben. Mit Verwunderung glaube er sagen zu können, daß die Grundgedanken unserer Außenpolitik immer mehr auch in den denkwürdigen Worten Strefemanns liegen. Die ihnen zunächst zugewandte oder gar abgewandte gegenüberstehen.“

„Dabei stellt sich dem Verständnis dar, daß wir, daß das Deutsche Reich, ein großer Exzentriker und Geistes, den Blick zunächst nicht auf den Vergangenen zu lenken vermöge. Aber es ist ein Verweis für den gefunden, lebendigen Kern unseres Volkes, daß es ohne Aufgabe seines Stolzes auf seine großen Liebesleistungen sobald nach dem lateinischen Umgang des Weltfriedens den Sinn neuerer Entwicklungen begreifen und immer fester den Weg erkannt hat, der in die Zukunft führt.“

„Wie können dem Verständnis, daß wir mit der Förderung des hohen Ideals des Weltfriedens zugleich auch denjenigen nie aufzuhörenden Forderungen dienen, die wir im Interesse unseres eigenen Landes stellen müssen.“

„Wir sind uns klar darüber, daß der Glaube an dieses große Ziel nicht gleichbedeutend ist mit seiner Erreichung. Schweregütige Hindernisse gibt es noch zu überwinden, und Rückschlüsse werden auch in Zukunft nicht ausbleiben, aber wir dürfen uns nicht in der Erkenntnis betreten lassen, daß der von uns eingeschlagene Weg der richtige ist und daß er schließlich zum Ziele führen muß.“

„Ich darf auch nach dem Ergebnis der letzten Reichstagsverhandlungen über die schärfsten parteipolitischen Auseinandersetzungen das eine mit Bestimmtheit feststellen, daß Schwankungen innerpolitischer Art an diesem Kurs der deutschen Außenpolitik nicht ändern werden, der sich heute auf die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes zu stützen vermag.“

„Einen Schritt vorwärts auf unserem Wege bedeutet das Ergebnis der letzten Wintertagung in Genf.“

„Es ist dort gelungen, eine grundsätzliche Regelung für zwei schwierige Fragen zu finden, die dem Fortschreiten der politischen Entwicklung bisher im Wege standen. Für die Zusage derjenigen fremdpolitischen Organe, die in Deutschland die Durchführung der Entwaffnungsabstimmungen kontrollieren, ist ein neuer Endtermin festgelegt worden.“

„Gleich ist es gelungen, für die Untersuchungsbeauftragten der Völkerbund eine denjenigen selben Rahmen zu vereinbaren, der sich aus der gerechten Auslegung der Vertragsbestimmungen ergibt.“

„Von deutschen Standpunkt aus dürfen wir es als einen Fortschritt bezeichnen, daß dabei die Entwaffnungsaktion, wie sie aus dem Vertrag des Völkerbundes folgt, nunmehr allseitig als durchgeführter anerkannt worden ist.“

„Das ist eine wichtige Etappe, aber freilich nur eine Etappe; denn ich will offen aussprechen, daß es auf die Dauer ein unmöglicher und mit der Weltanschauung im Völkerbunde unvereinbarer Zustand ist, die allgemeine Willensfreiheit bestehen zu lassen, und dabei einen einzelnen Staat die volle Entscheidung vorzubehalten und ihn einseitig zu kontrollieren.“

„Diesen Zustand zu beschreiben, konnte schließlich nicht Aufgabe der letzten Genf-Verhandlungen sein. Es ist aber eine Aufgabe, die im Zusammenhang mit dem allgemeinen Weltfriedensproblem unbedingt gelöst werden muß. Die Welt wird Verständnis dafür

haben, daß Deutschland seinen Willen zur lokalen Innehaltung der Entwaffnungsabstimmungen und Anerkennung der Untersuchungsbeauftragten des Völkerbundes nicht brechen kann, ohne gleichzeitig einzustehen, daß auch der Schaden einer allgemeinen Abkühlung seiner Weltanschauung zugewandt wird.“

„Nicht ist hier der wertvolle Erfolg zu sehen darin, daß die Methode offener Ausdrucks, für die der Völkerbund einen so hervorragenden Rahmen abgibt, sich wiederum ausbreitet hat. Wir befinden uns noch im ersten Anfangsstadium einer neuen europäischen Entwicklung.“

Der Papst gegen die faschistische Staatsauffassung

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Rom, 20. Dezember

Die Ansprache des Papstes im letzten geheimen Konsistorium, in das am 20. November die Kardinalen aufgenommen wurden, wies die neue im italienischen Staatsverständnis. Zunächst stellte er mit deutlicher Anspielung auf die Aktion französischer, sei es bei Katholiken nicht erlaubt, an Programmen oder Schulen teilzunehmen, die den Staat nur die Kirche stellen.

„Auf Italien übergehend, gab der Papst seiner Zufriedenheit darüber Ausdruck, daß der Sturm der Entzweiung nach dem Attentat auf den Mann, der die Schicksale des Landes mit seiner Energie leitete, daß jede Bedrohung seines Lebens das ganze Volk zu beharren leitet“, von einem weiteren „Wort über die Freude über die Rettung abließ, indem er: Er, der Papst, der als erster die Würdigung erhalten habe, sei auch der erste gewesen, der Götter für die Errichtung gebetet habe.“

Darauf behaupte der Papst mit ungewöhnlicher Schärfe und offenen Worten die Anschuldigungen, deren Opfer nach dem letzten Attentat auch katholische Vereinigungen und Institute gewesen seien, wobei weder Bischöfe noch Priester verschont worden. Zwei seiner Institutionen gegeben worden, daß die Schuldigen bestraft und der Schaden ersetzt werden würde, es sei aber trotzdem noch nicht der Grund zu der Verzweiflung geworden, daß die religiösen Interessen, die als die ersten Stufen des Staates anerkannt worden seien, nicht weiter Schaden nehmen.

„Auch die katholischen Jugendverbände, die der Papst seinen Ausspruch nicht, erziehen bedroht. Es ist bekannt, daß die schriftlichen Befreiungen danach gingen, jede Jugendorganisation, außer der faschistischen, zu verbieten. Auf diese Weise wurde die katholische Jugendverbände bedroht.“

„Es ist eine glatte Staatsauffassung anzufinden, die der faschistischen Auffassung widerspricht.“

„Gerade in diesem Stadium ist es von Bedeutung, daß die letzten Staatsmänner dem Vertrauen der Welt auf eine Entwicklung zu oft als möglich durch falsche Ereignisse neue Nahrung geben. Das ist im Interesse aller Beteiligten außer in Genf geschehen. Zugleich ist mit dem erledigten Ergebnis aber der Weg freigegeben für die praktische Inangriffnahme anderer außenpolitischer Probleme.“

„Der Grundgedanke, von dem die beteiligten Staatsmänner ausgehen müssen, wenn die Lösung gelingen soll, ist die Erkenntnis der Solidarität der Interessen, die die Völker Europas verbinden und darüber hinaus die Völker Europas mit den Völkern Afrikas verbinden. Das Wort von Doornik und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund haben eine gute und sichere Grundlage für die Politik der Solidarität der Interessen gelegt, aber doch nur eine Grundlage. Die geschlossenen Verträge würden ein totes Aufbaue bleiben, wenn es nicht dazu käme, im großen Geiste der Verständigung daran weiter zu bauen und so endlich das Gedächtnis zu erziehen, das den Völkern ein friedliches Nebeneinanderdauern und Miteinanderarbeiten ermöglicht.“

„Der Versuch gedachte am Schluß der großen Aufgabe, an diesen Gedanken mitanzubringen, und er erhielt sein Glas auf den Wohl der künftigen Führer der freien Völkerwelt Hamburg im Zusammenhang mit dem aus dem Wohl des Völkerbundes und des Völkerbundes des Senates.“

Dresselhuys

von Professor Ludwig Quibbe

Im Haag, 20. Dezember. Im Haag starb im Alter von 66 Jahren der Führer der holländischen liberalen Partei (Freiheitssinn) in der Zweiten Kammer, Rechtsanwalt Dr. Dresselhuys.

Der Tod des Abgeordneten Dresselhuys rief die Erinnerung nach an die Konferenz im Haag Anfang April 1919, auf der wir ein Minimalprogramm für einen dauernden Frieden aufstellten und die „Zentralorganisation für einen dauernden Frieden“ gründeten — Dresselhuys, der Präsident des niederländischen Anti-Vertrag-Vereins, führte den Vorsitz und wurde Präsident der neuen Organisation. Von der freigezüglichen Gruppe unserer Belgier, Deutschen, Engländer und Oesterreicher-Lianger, sowie neutralen, außer Holland, die Schweiz, Schweden, Norwegen und Dänemark. Unter den Teilnehmer waren Männer, wie Baron Almselmar, der jetzige Präsident der Interparlamentarischen Union und Dr. Zange, deren Generalsekretär. Von England waren Prof. Walter Dickinson und das Parlamentsmitglied Allen Baker, von Deutschen auch mit Prof. Schilling, U. Tepper-Zastrow und Hermann-Augsbühl anwesend.

Dresselhuys war nicht „Pazifist“ und hatte sogar „Pazifisten“ für einen „Wohltätigen, aber unpolitischen, ein hartes Wort.“ Das machte sich geltend, als er gelegentlich dieser Konferenz die Initiative ergrieff, um mit Deutschen und englischen Teilnehmern über die Auslegung einer von ihm entwickelten Friedenskonvention zu verhandeln. Da unter den Deutschen sich ihm als bei ihm befreundeten, aber unpolitischen, „Pazifisten“ erließ, überließ er mich und sog. nur Schilling und Tepper-Zastrow zu.

Dresselhuys hatte auf Wunsch von Engländern einen Vertrauensmann nach London geschickt und schickte noch dessen „Pazifisten“ für eine Friedensvermittlung dort einige Aufstellungen zu finden, wenn er nur versichert hätte, daß die deutsche Regierung bereit sei, Belgien zu räumen und in voller Unabhängigkeit wieder herzustellen; England würde dann notwendig auf isolierten Gebiet Kompensationsleistungen geben. Dresselhuys wollte, wenn die gewünschte Forderung in Aussicht gestellt werden könne, nach Berlin kommen und nach London fahren. Bei glücklicher Begegnung sollte (so dachte er) Königin Wilhelmine die Vermittlung officieren.

Die beiden Engländer, Professor Dickinson und Allen Baker, erklärten, sie hätten vor ihrer Abreise mit nachgehenden Berichten gesprochen und hätten danach die Überzeugung, daß die englische Regierung, wenn die deutsche nur Belgien freizugeben zu Friedensverhandlungen bereit sei.

Schilling hat Friedensverhandlungen eine Darstellung verfaßt und die durch Vermittlung des ihm persönlich bekannten früheren Hofkassiers von Stamm an das Auswärtige Amt gelangen lassen. Dort aber wollte man von Aussetzungen betreffend Belgien nicht wissen. So, als Dresselhuys sich bereit erklärte, nach London zu kommen, wenn die deutsche Regierung bezüglich Belgien gewisse Vorbehalte machte, lehnte man den Besuch des Holländers — wenigstens „vorläufig“, wie Schilling mitunter interpretierte — ab. Sehr viel später, als alles verloren war, im Oktober 1918, hat man Herrn Dresselhuys gebittet, sich nach London zu begeben.

Dieser Versuch einer Friedensvermittlung hat eine große Rolle bei den Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei gespielt. Die Unabhängigen sprachen von einem englischen „Friedensangebot“ (was nicht richtig war), die Mehrheitsopposition behaupteten, das Ganze sei eine bedeutungslose „Pazifistenkonvention“ gewesen (was noch viel weniger richtig war). Dresselhuys war nicht der erste Held, sondern Generalsekretär im Justizministerium, und zwar, wie man in Holland nicht konnte, der tatsächliche Leiter des Ministeriums unter wechselnden parlamentarischen Ministern. Die Erfahrungen der beiden Engländer aber gingen, wie wir nachträglich erfahren haben, zurück auf eine Unterbrechung mit seinem Vorgesetzten als des Winter des Aussetzungen, Sir Edward Grey!

Es war ein schwerer, verhängnisvoller Fehler, daß die deutsche Regierung sich damals auf Verhandlungen nicht eingelassen hat. Ich bin noch heute überzeugt, daß niemals die Auslöcher für einen guten Verständigungsfrieden zu erreichen waren, wenn damals, noch vor der Umbildung des englischen Ministeriums, nur der Torpedier der „Lustiana“, vor dem Eintritt Italiens in den Krieg, Innenminister ist mir, nicht gefügt, daß der Friedensverhandlungsversuch sich mit dieser Gelegenheit zu Friedensverhandlungen gar nicht befähigt hat.

